



also 177

Juni 2025
GEW Wuppertal

Extraseiten
GEW Solingen
GEW Remscheid
GEW Mettmann

Impressum:

also 177

Juni 2025

GEW

Stadtverband

Wuppertal

Paradestr. 21

42107 Wuppertal

Tel. 0202 - 440261

wuppertal@gew-nrw.de

www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:

Mo-Do 11 -16 Uhr

Redaktion und

Layout:

Helga Krüger

(verantwortlich)

Susanne Adlung

Ulla Weinert

Der Bezugspreis

ist im

Mitgliedsbeitrag

enthalten.

Extraseiten von

GEW Solingen

GEW Mettmann

GEW Remscheid

Fotos:

GEW

Pixabay

Druck:

Druckerei Schöpp

Inhalt:

GEW Wuppertal zieht Bilanz	03
Haushaltsmittel: GEW-Protest zeigt Wirkung	06
Antragsverfahren Inklusionshilfe	07
Schulsozialarbeit gerettet, aber ...	10
Grundschule ohne Turnhalle	11
Das ganz normale Chaos	14
Das Lehrerkarussell dreht sich	15
Integration geht nicht zum Spartarif	18
Bücherverbrennung in Wuppertal	22
Über das Verbrennen von Büchern	23
Leserbrief an also	25
GEW Wuppertal gratuliert	27
1. Mai 2025 in Wuppertal	28
Bei Maurice de Vlaminck	29
Nachruf	30
Zuviel auf dem Gehaltskonto?	32
Gerichtsurteile: Das könnte auch auf dich zutreffen	33
Schulferien und Urlaub	35
Wir klären Irrtümer auf: Arbeitszeit vor der Pension	36
Merkwürdige Beratungsangebote	37
GEW Solingen	
GEW Solingen gratuliert	38
GEW Solingen abgelichtet	39
GEW-Senior*innen: Beeindruckende Buchbesprechung	40
Mevlûde bleibt! Eine Geschichte aus Solingen und Mercimek	42
Kontakte GEW Solingen	43
GEW Mettmann	
GEW Mettmann gratuliert	44
Sei dabei!	45
Kontakte GEW Mettmann	46
GEW Remscheid	
Jahreshauptversammlung GEW Remscheid	48
GEW Remscheid zeigt Haltung	49
Einladung Podiumsdiskussion	51
Kontakte GEW Remscheid	52
GEW Remscheid gratuliert	53
GEW Wuppertal: Vorstand	54
GEW Wuppertal: Personalrät*innen	55

GEW zieht Bilanz

Annette Berg zu Gast auf der Jahreshauptversammlung

// Auf ihrer gut besuchten Jahreshauptversammlung am 02.04.2025 konnte die GEW Wuppertal eine erfolgreiche Bilanz ihrer Aktivitäten des vergangenen Jahres ziehen. Mit fast 1.700 Mitgliedern ist die GEW Wuppertal weiterhin die mit Abstand stärkste Bildungsgewerkschaft im Tal. //

In der kommunalen Bildungspolitik hat sich die GEW erneut engagiert und zahlreiche drängende Themen aufgegriffen, die vor Ort die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen beschäftigen. Dazu gehören fehlender Schulraum, Inklusion und Integration, Schulsozialarbeit, Schulbusse, die Streichung von Dolmetscherleistungen, Sanierungsstau, Personalmangel in der Verwaltung und vieles mehr.

Die Wirksamkeit der GEW zeigt sich in zahlreichen erfolgreichen Initiativen des letzten Jahres: rechtzeitig gelieferte Schulmöbel, eine zweite Toilettenreinigung an Ganztagsgrundschulen, die Aufmerksamkeit auf den Raummangel an Förderschulen, gelöste Probleme beim Schülertransport sowie die Thematisierung des komplexen Antragsverfahrens für Integrationshilfen in Umfragen.

Trotz dieser Erfolge gibt es weiterhin hohen Handlungsbedarf und die Probleme gehören endlich auf den Tisch gepackt. Unter diesem Motto stand auch die diesjährige Jahreshauptversammlung in der Alten Feuerwache, zu der die GEW die neue Dezernentin für Soziales, Schule, Jugend und Integration Annette Berg eingeladen hatte. Gemeinsam mit Stefanie Mäde, Leiterin des Stadtbetriebs Schulen, stand sie Rede und Antwort.

„Ich bin angetreten, um eine gute Bildungssituation zu schaffen“, versicherte Annette Berg zu Beginn. „Das ist wohl auch bitter notwendig angesichts der gravierenden Baustellen in vielen Bereichen der kommunalen Bildungspolitik, die zu Lasten der Wuppertaler Schulen und aller Beteiligten gehen“, ergänzte Richard Voß, Moderator der Diskussionsrunde. Berg kündigte an, dass am 4. Juni 2025 erste Ergebnisse der neuen Schulentwicklungsplanung vorgestellt werden – der Planung, welcher Schulraum in den nächsten Jahren gebraucht und geschaffen wird. Stefanie Mäde berichtete von einer geplanten Dependance für die überfüllte Förderschule am Nordpark und wies auf Probleme hin, weil die starken Jahrgänge bald auf die weiterführenden Schulen wechseln.

Die GEW fordert seit Jahren eine zügige Umsetzung der Schulbaumaßnahmen. Die Verantwortlichen sind sich einig, dass eine Beschleunigung dringend notwendig ist. Berg und Mäde versprachen, sich bei den zuständigen Stellen für ausreichend Schulraum einzusetzen.

Ein weiteres Thema war die Streichung von Dolmetscherkosten für Elterngespräche, weil das Kommunale Integrationszentrum diese Aufgabe nicht mehr übernimmt. Aus dem Publikum kamen dazu konkrete Beispiele aus den Schulen, die die Notwendigkeit einer weiteren Finanzierung von Dolmetscherleistungen eindrücklich belegten. Annette Berg zeigte sich solidarisch und versprach, sich hier für die Schulen einzusetzen. Sie konnte ankündigen, dass zumindest bis zum Jahresende Gelder zur Verfügung stehen.

Unter den Nägeln brannte den Anwesenden auch das Thema Inklusionshilfe in Schulen und den damit verbundenen Problemen und Herausforderungen für die Schulen. Hier stellte Frau Berg ein Gespräch mit den Ansprechpartner*innen der Stadt in Aussicht, um Veränderungen auszuloten.

Die Schulsozialarbeit in Wuppertal, bei der erneut die Finanzierung in Frage steht, bezeichnete Annette Berg als „wesentlichen Baustein“ der Schulbildung und sei nicht wegzudenken. Auch wenn die Stadt nicht alles finanzieren könnte, wolle sie „alles geben, dass die Schulsozialarbeit so bleibt.“

Fazit des Abends: Die GEW muss am Ball bleiben und die Probleme auch in Zukunft auf den Tisch packen, die vor Ort den Berufsalltag schwer machen und dringend von der Stadt Wuppertal gelöst werden müssen.

Richard Voß

Wahl der Delegierten für den Gewerkschaftstag

Im internen Teil der Jahreshauptversammlung wurden u.a. die Delegierten für den Gewerkschaftstag der GEW NRW 2026 gewählt:

Delegierte:

Richard Voß
Martina Haesen-Maluck
Ulrich Jacobs
Helga Krüger
Thorsten Klein
Rainer Kriegel
Frauke Bigge
Yvonne Diestelmann

Ute Westerfeld-Schmidt

Markus Pörner

Ersatzdelegierte:

Ruben Zarpentin
Anna Oëx
Vanessa Scholl
Adrian Mencyk
Julia Schnäbelin



Protest der GEW zeigt Wirkung

Stadt gibt Haushaltsmittel für Schulen frei

// Die GEW Wuppertal hatte die Stadt scharf kritisiert, weil Gelder für Schulen vorenthalten oder gestrichen wurden. Obwohl die Schulen ihre Anschaffungsliste im November 2024 rechtzeitig beim Zentraleinkauf eingereicht hatten, wurden die Bestellungen 2024 nicht mehr ausgeführt. //

Erst auf Nachfrage erfuhren die Schulen, dass die Gelder für nicht getätigte Bestellungen aus 2024 verfallen und vom Etat für 2025 abgezogen werden. Die Schulen hatten pünktlich bestellt, die Stadt reagierte zu spät – und nun sollen die Schulen dafür bestraft werden? Das knappe Budget so weiter geschmälert werden?

Betroffene Schulen berichteten auch, dass in den vergangenen Jahren Bestellungen oft nicht rechtzeitig bearbeitet wurden, was vermutlich am Personalmangel lag. Bisher war es üblich, nicht ausgegebene Gelder auf das nächste Jahr zu übertragen – eine bewährte Praxis, die die Stadt jetzt ohne Vorwarnung aufgibt.

„Es ist ein starkes Stück, dass die Stadt diese Praxis ohne Information beendet“, kritisiert Richard Voß von der GEW. „So geht man nicht mit den Schulen um!“

Nun ist die Stadt zurückgerudert und entschuldigt sich bei den Schulen für die entstandenen „Irritationen“ in einem Brief und verspricht, dass die Mittel aus den Vorjahren vollständig nach 2025 übertragen werden. Die Schulen brauchten sich keine Sorgen zu machen, dass ihnen eingeplante Gelder verloren gehen.

Der Protest der GEW zeigte also unmittelbar Wirkung. Positiv auch, dass die Stadt ankündigt, eine „tragfähige, transparente und haushaltsrechtskonforme Lösung für die Zukunft“ zu erarbeiten, mit der auch weiterhin die Möglichkeit eröffnet wird, Mittel ansparen zu können.

Die GEW begrüßt diesen Schritt und erwartet eine rechtzeitige, klare Kommunikation sowie eine frühzeitige Einbindung der Schulen bei zukünftigen Entscheidungen.

Fazit: Wir können nur alle ermuntern, sich bei Problemen an die GEW zu wenden, damit diese Druck entfalten kann. Wie man sieht, kann das durchaus erfolgreich sein.

Antragsverfahren Inklusionshilfe

GEW im Gespräch mit der Stadt für Optimierung

// Die GEW hatte im Frühjahr eine Umfrage zu den Problemen bei den Anträgen auf Inklusionshilfe initiiert. In also 176 hatten wir darüber berichtet. Die ausführlichen Rückmeldungen zeigten uns, dass es an vielen Stellen hakt und Handlungs- und Verbesserungsbedarf besteht. //

Am 22.05.2025 kam es jetzt zu einem gemeinsamen Austausch mit der Leiterin der Fachstelle für Inklusion, Nadine Gras, der Leiterin des Wuppertaler Jugendamtes Christine Roddewig-Oudnia, der zuständigen Schulaufsichtsdirektorin Anke Habermeier, der Leiterin des Stadtbetriebs Schulen Stefanie Mäde mit dem Leitungsteam der GEW Richard Voß und Ulrich Jacobs sowie sechs Lehr- bzw. MPT-Kräften aus verschiedenen Schulformen.

Veränderung der zeitlichen Struktur

Konsens bestand darüber, die bisherige zeitliche Struktur mit sehr knapper Terminsetzung kurz vor den Weihnachtsferien zu verändern und eine Antragstellung nach den Herbstferien zu ermöglichen.

Verbesserung von Kommunikation und technischer Handhabung

Die Kolleginnen aus den Schulen wiesen darauf hin, dass die schriftliche und mündliche Kommunikation verbessert werden muss, damit auch Kolleginnen, die noch nicht mit dem Verfahren vertraut sind, sich schneller und unkomplizierter einarbeiten können. Die erfahrenen Kolleginnen wünschen sich mehr Kontinuität im Ablauf, statt jährlich wechselnder Vorgaben, insbesondere bei der digitalen Bearbeitung der Anträge.

Die Verantwortlichen der Stadt räumten ein, dass es im letzten Jahr bei der Bearbeitung der Anträge Probleme gab. Personalmangel, interne Umstrukturierungen und Leitungswechsel haben dazu geführt, dass die Abläufe für die Schulen nicht optimal waren. Die Online-Eingabe der Schuldaten soll, wenn technisch möglich, im kommenden Verfahren verbessert werden, um Zeit zu sparen. Bisher stürzte das Programm regelmäßig ab, Dokumente gingen verloren und mussten erneut eingegeben werden – ein großer Zeitaufwand.

Die Stadt bot außerdem an, bei Fragen und Rückmeldungen kurzfristig telefonisch oder per Mail Kontakt mit der zuständigen Sachbearbeitung aufzunehmen.

Ein weiteres Thema war der technische Zugriff über Browser und

Office-Programme. Im letzten Jahr waren die Dienstlaptops der Lehrkräfte noch nicht mit Microsoft Word ausgestattet. Stefanie Mäde vom Stadtbetrieb Schulen erklärte, dass hierfür noch die Genehmigung des Landes erforderlich sei. Ursprünglich hatten die Schulen die Rückmeldung erhalten, dass die Stadt die Kosten für die Ausstattung mit Office-Software übernimmt.

Die GEW erwartet, dass die Ausstattung nun zeitnah erfolgt und technische Probleme durch die Schul-IT schnell gelöst werden.

Jährliche Antragsverfahren, Flexipool

Christine Roddewig-Oudnia betonte, dass das jährliche Antragsverfahren gesetzlich vorgeschrieben ist und eine Inklusionshilfe über mehrere Jahre nicht möglich ist.

Der sogenannte Flexipool für Schulen des Gemeinsamen Lernens, der über eine jährlich verfügbare Inklusionspauschale mit einem Kriterien Schlüssel den Schulen zugewiesen wird, wurde von den beteiligten Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen ausdrücklich begrüßt, ermöglicht er doch die stundenweise Unterstützung von Kindern ohne Antrag auf Inklusionshilfe, sozusagen als präventive Unterstützung für Kinder ohne offiziellen Förderbedarf.

Erstanträge können grundsätzlich zu jeder Zeit gestellt werden, auch da berät die jeweilige schulische Ansprechpartnerin der Fachstelle.

Probleme mit Trägern

Es wurde die Problematik verschiedener Träger an einer Schule angesprochen, wobei z.B. an einer Schule insgesamt fünf unterschiedliche Träger tätig sind. Im Falle einer Erkrankung einer Inklusionshilfe ist eine interne Vertretung der an der Schule eingesetzten Inklusionshilfen aufgrund der unterschiedlichen Träger oft schwierig umzusetzen. Einige Träger stellen bei Mitarbeiterausfällen in der Regel keinen Ersatz. Es kommt auch vor, dass genehmigte Stunden personell nicht besetzt werden können. Hier wurde der Wunsch geäußert, dass solche Vertretungskonzepte von der Stadt generell bei den Verhandlungen mit den Trägern eingefordert werden.

Fazit des Austauschs:

Die Verantwortlichen der Stadt hatten ein offenes Ohr für die Probleme und Herausforderungen der Schulen, eine Optimierung und ein verlässlicher Verfahrensablauf wurden zugesichert, die technischen Probleme werden angegangen, die Kommunikation soll rechtzeitig erfolgen. Die GEW und ihre Mitglieder werden diesen Prozess weiter begleiten und ggf. kritische Rückmeldungen bei zukünftigen Problemstellungen ansprechen.

Wir ermuntern ausdrücklich dazu, mit uns Kontakt aufzunehmen.



Schulsozialarbeit gerettet, aber...

Brandbrief der GEW Wuppertal an die Stadt

// Wieder einmal stand die Schulsozialarbeit in Wuppertal kurz vor dem Aus. Weil die Förderrichtlinien des Landes nicht rechtzeitig kamen, kündigten mehrere freie Träger an, die Schulsozialarbeit im kommenden Schuljahr nicht fortzuführen. Das löste großes Entsetzen bei den betroffenen Fachkräften und Schulen aus. Bereits im zweiten Jahr in Folge standen sie vor dieser unsicheren Situation. //

Die GEW hat sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass die Stadt Wuppertal in dieser dramatischen Lage einspringt und eine tragfähige Lösung findet, um die wertvollen Strukturen der Schulsozialarbeit zu erhalten. Erste Kündigungen von Fachkräften waren bereits ausgesprochen, befristete Beschäftigte mussten sich arbeitslos melden.

Quasi in letzter Minute konnte Dezernentin Annette Berg Anfang Juni verkünden, dass die Stadt die Restfinanzierung übernimmt und den Status Quo zumindest bis 2028 sichert. Dieser Erfolg ist sicher auch dem massiven öffentlichen Druck zu verdanken.

Angesichts dieser Erfahrung ist es unserer Meinung nach an der Zeit, dass die Stadt Wuppertal grundsätzlich umdenkt. Trotz aller Kritik am Land NRW, das die Förderrichtlinien viel zu spät beschlossen und die Gelder eingefroren hat, ist die Stadt Wuppertal nach Ansicht der GEW verpflichtet, ihrer Verantwortung nachzukommen und die Schulsozialarbeit dauerhaft zu sichern. Denn das ist auch eine Aufgabe der Kommune gemäß dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII, § 13a).

Wuppertal hat das Sonderprogramm des Landes, anders als viele andere Kommunen in NRW, an verschiedene freie Träger vergeben, die oft nur mit befristeten Verträgen arbeiten. Die GEW hat diese Praxis bereits in der Vergangenheit kritisiert. Die meisten NRW-Kommunen nutzen das Landesprogramm, um die kommunale Schulsozialarbeit zu stärken und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

Für Wuppertal wäre das eine Lösung, über die die Stadt nachdenken sollte, um die Schulsozialarbeit dauerhaft in kommunaler Hand und mit verlässlichen, unbefristeten Strukturen zu sichern.

Grundschule ohne Turnhalle

GEW Wuppertal mischt sich mit Brief an die Stadt ein

// Die Grundschule Hainstraße wurde neben dem alten Gebäude neu gebaut und kann jetzt endlich bezogen werden. Ihr fehlte schon immer eine Turnhalle. Doch wie kann eine Stadt eine neue Grundschule bauen ohne Turnhalle, obwohl das Gelände vorhanden ist? //

Die Folgen für Kinder und Kollegium sind unverantwortlich, weil die Stadt es versäumt hat, in die Gesundheit der Kinder zu investieren. Das Kollegium hat sich jetzt an die GEW gewandt und die hat die Stadt mit einem offenen Brief aufgefordert zu handeln.

Wie ist die Situation: Acht Klassen müssen regelmäßig mit dem Linienebus zur 1,7 Kilometer entfernten Turnhalle fahren. Das belastet die Lehrkräfte erheblich und schränkt die Unterrichtszeit für den Sportunterricht deutlich ein. Lösungen sind dringlich.

Ein mittelalterliches Ticketsystem

Für die Schüler*innen müssen Vierertickets von einer Lehrkraft beim Schulamt abgeholt und während der Busfahrt dann abgestempelt werden, etwa 28 mal pro Fahrt auf dem Hinweg und noch einmal auf dem Rückweg. Aufsicht schwierig, manchmal unmöglich, vor allem bei den Kleineren, die schon mal gerne die Haltestangen im Bus mit Turngeräten verwechseln. Busfahrer und andere Fahrgäste reagieren entsprechend. Für die Lehrkraft ist es nur Stress und Bürokratie obendrein.

Statt drei Stunden Sport de facto nur eine Stunde

Die Ausdünnung der Buslinien passt nicht zu den Unterrichtszeiten. Besonders bei den jüngeren Klassen bleibt oft nur eine Bewegungszeit von etwa 40 Minuten, da das Umziehen und der Rückweg unter großem Zeitdruck erfolgen. Sportpädagogische Ziele können nur eingeschränkt umgesetzt werden. Der Einsatz von Schulbussen und anderen Hallenkapazitäten kann kurzfristig den Umfang des Sportunterrichts verbessern. Laut Stundentafel stehen den Kindern drei Stunden Sport zu, de facto findet sich so nur maximal eine Unterrichtsstunde pro Woche auf dem Plan.

Das Kollegium schreibt: „Trotz Neubau bleibt die Grundschule ohne eigene Turnhalle, der Platz stünde zur Verfügung. Die benachbarte Grundschule müsste dann nicht mehr Hallenzeiten abgeben und

könnte selbst flexibler und mehr Sportunterricht erteilen.

Ist Wuppertal bei all den adipösen Kinder nicht in der Lage Geld für eine weitere Turnhalle in die Hand zu nehmen? Der Zusammenhang von guten Leistungen und sportlicher Bewegung ist längst bekannt. Ist das Lernen und ausreichend Bewegung für unsere Schüler*innen nicht mehr wert? Der Neubau einer eigenen Halle bleibt am Ende vermutlich leider Wunschdenken. Doch mit einem eigenen Schulbus ließe sich nicht nur Unterrichtszeit zurückgewinnen, sondern auch die Qualität des Sportunterrichts deutlich verbessern. Auch mit einer weiteren Hallenzeit in einer anderen Turnhalle wäre den Schüler*innen geholfen. Das Wenigste wäre aber zu hoffen, dass zumindest Lösungen für die umständlichen Fahrtickets gefunden werden.

Lösung für das Ticketsystem angekündigt. Schulbusse? Turnhalle?

Der Brief der GEW hat Bewegung gebracht, Frau Mäde, Leiterin des Stadtbetriebs Schulen kündigt an, dass das Ticketsystem geändert werden soll. Sammelfahrscheine sollen geprüft werden. Zur fehlenden Turnhalle schreibt sie: „Aus heutiger Sicht lässt sich nachvollziehen, dass man diese Entscheidung (keine Turnhalle einzuplanen) möglicherweise anders treffen würde.“

Im Rahmen der aktuell laufenden Schulentwicklungsplanung sowie der Sportflächenentwicklungsplanung des Sport- und Bäderamtes wird der Bedarf an zusätzlichen Sporthallen erneut betrachtet. Konkrete Aussagen zur Realisierung zusätzlicher Hallenbauten kann ich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht treffen.“

Wir sind gespannt, wie die Betrachtung ausfällt. Festzustellen bleibt, der Rat der Stadt Wuppertal plant viel zu oft an den Bedürfnissen der Kinder dieser Stadt vorbei.

Zu der Forderung nach Schulbussen gibt es bisher keine Aussage. Da bleiben wir gemeinsam mit der Schulgemeinde am Ball und werden während der vor der Tür stehenden Kommunalwahl daran erinnern.



am: **Montag 2. Juni** Stundenplanänderung

Grund: ~~Zeugnis~~ 3. Std (Arzttermin) / ~~Erkrankung~~ ~~Leber~~

1a	1b	2a	2b	3a	3b
V. Z E. M Au. EL	Handwritten	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL
V. Z E. M Au. EL	Handwritten	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL
3. V. Z E. M Au. EL	Handwritten	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL
4. V. Z E. M Au. EL	Handwritten	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL
5. V. Z E. M Au. EL	Handwritten	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL
6. V. Z E. M Au. EL	Handwritten	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL	V. Z E. M Au. EL

Ich habe die Änderung zur Kenntnis genommen (bitte abzeichnen):

vertretende Stufen

Mail an „also“:

Das ganz normale Chaos ...

Vertretungsplan an der Grundschule xyz

Zu beachten für den morgigen Tag:

Kollegin xx krank - Kind Kollegin xy krank - Schulleitung krank

AO-SF Gespräch 2./3. Stunde (vielleicht auch später ?)

Musiker kommen wegen Schulkonzert (Klasse 2a, 2b, 3a, 3b, 4a, 4b)

In welcher Klasse soll an diesem Tag noch Unterricht möglich sein?

Eine Reserve gibt es nicht.

Und dann noch eine Abordnung einer Kollegin an eine andere Schule? Wie sieht es aus mit einer Vertretungskraft für sie? Wahrscheinlich nicht ...

Und das sSchlimme ist, ich wundere mich noch nicht einmal mehr, weil das die Normalität ist...

Das Lehrerkarussell dreht sich ... und macht alles noch mal schlimmer

// Die politischen Fehler der Vergangenheit rächen sich weiter und werden auf dem Rücken der Schulen ausgetragen. Besonders der Lehrkräftemangel, zum Beispiel an den Grundschulen, verschärft sich zusehends. //

Um den Mangel zu verwalten wird nun ein großer Verschiebebahnhof eingerichtet. Ziel der Schulbehörden ist, eine Mindestversorgung in den Gebieten mit dem größten Mangel zu gewährleisten. Doch das reißt Löcher an anderer Stelle und die Unzufriedenheit sowie die Belastung in den Kollegien wachsen und wachsen.

„Kaskadenabordnung“ - was ist das?

Die Abordnung in Kaskaden ist eine spezielle Praxis, die im Regierungsbezirk Münster entwickelt wurde. Dort werden Lehrkräfte seit etwa zwei Jahren in dieser Form abgeordnet: Eine Lehrkraft (L 1) wird von Schule A nach Schule B abgeordnet. Von B wird dann eine weitere Lehrkraft (L 2) abgeordnet, weil die ursprüngliche Abordnung von A nach B zu weit und nicht zumutbar ist. So sind zwei Schulen und zwei Lehrkräfte betroffen, um eine Stelle in einem Mangelgebiet zu besetzen.

Von Köln nach Wuppertal, von Wuppertal nach Duisburg

Im Regierungsbezirk Köln sind die Grundschulen zwar nicht optimal, aber besser besetzt und es gibt keine akuten „Notstandsgebiete“. Deshalb sollen auch hier „Bestandslehrkrfte“ abgeordnet werden. Fünfzehn nach Wuppertal, viele weitere in andere Gebiete der Bezirksregierung Düsseldorf. Zudem werden Stellen ausgeschrieben, bei denen Lehrkräfte für drei Jahre nach Wuppertal abgeordnet werden, bevor sie an ihrer Stammschule im Bezirk Köln starten können.

Gleichzeitig werden Stellen in Wuppertal ausgeschrieben, mit der Option, für drei Jahre nach Duisburg abgeordnet zu werden – einem absoluten Notstandsgebiet. Das bedeutet, dass Lehrkräfte, die in Wuppertal ausgebildet wurden, frühestens in drei Jahren an einer Wuppertaler Grundschule arbeiten können.

Karussell auch zwischen den Wuppertaler Grundschulen

Auch zwischen den Schulen in Wuppertal läuft eine Abordnungswelle. Allein mehr als 20 Klassenleitungen müssen durch Abordnungen

ersetzt werden. Das reißt an vielen Schulen wieder Löcher, obwohl sie selbst gerade so mit Vertretungskräften ohne Lehrerausbildung den Unterricht aufrechterhalten.

Große Enttäuschung bei den betroffenen LAA

„Wenn ich das Examen in der Tasche habe, möchte ich gerne hierbleiben. Unsere Schule ist extrem belastet und hat nicht genug Personal. Ihr habt mich ausgebildet und viel Kraft und Energie aufgewendet, um mich auszubilden in der Annahme, dass ich auch dableiben kann. Da ist doch nicht zu verstehen, dass ich erst einmal woanders hin soll, wenn ich einen Vertrag für unsere Schule unterschreibe“, sagt Miriam, die jetzt vor dieser Situation steht.

Ihr Kollege Rainer stimmt ihr zu, sieht aber auch die Not anderer Städte. „Das ist für uns alle schwer zu verstehen. Wer aber mit Kolleg*innen in Duisburg gesprochen hat, der kann das nachvollziehen, auch wenn es für dich belastend ist. Sieh es mal so, viele von euch haben das Glück, eine Stelle an der Wunschschule zu bekommen. Leider bedeutet das oft, dass man drei Jahre weite Wege oder sogar einen Umzug in Kauf nehmen muss.“

Erfahrung aus der Vergangenheit

Julia befand sich vor zwei Jahren in einer ähnlichen Situation. Sie wurde in Wuppertal eingestellt, aber für zwei Jahre in den Essener Süden abgeordnet. Dafür mussten Kolleg*innen von anderen Schulen in den Essener Norden wechseln. Für Julia hat das in Essen ganz gut geklappt, aber ihre Wuppertaler Schule litt in dieser Zeit stark unter der schlechten Besetzung. Die neuen Abordnungen laufen gleich für drei Jahre, analog zur Dauer der Probezeit der Beamt*innen.

Miriam findet die ersten Jahre besonders herausfordernd und kann schwer nachvollziehen, warum den jungen Kolleg*innen diese Zusatzbelastung auferlegt wird. Sie fände eine Entlastung angemessen. Ihr Kollege Rainer vermutet, dass die Schulbehörden die jüngeren Kolleginnen noch für flexibler ansehen, als die „älteren“ Bestandslehrkräfte. Denn deren Abordnung wäre die Alternative. Er findet auch, dass die betroffenen Schulämter in Duisburg oder Oberhausen solidarisch unterstützt werden müssen, auch wenn das eine anstrengende und herausfordernde Zeit ist.

Besonders schwierig wird es allerdings für LAA, die bereits Kinder haben und an den Ort gebunden sind. Hier müssten die Personalräte versuchen, Sonderregelungen zu treffen.

Es ist unklar, ob sich alle auf diese Abordnungen einlassen oder ob einige lieber zunächst als Vertretungskräfte arbeiten möchten, in der Hoffnung, dass sich die Situation bald ändert.



Integration geht nicht zum Spartarif

Faire Arbeit für Integrationslehrkräfte

**//„Wäre Integration ernst gemeint, dann wären wir Beamte.“
Warum die Arbeitsbedingungen in den Integrationskursen eine Absage an echte Integrationspolitik sind. //**

1. Bis zu drei Monate ohne Einkommen – Alltag für Honorarkräfte

Lehrkräfte in Integrationskursen arbeiten zum größten Teil auf Honorarbasis. Sie erhalten zwar über 40 Euro pro Unterrichtseinheit – aber nur, wenn sie auch tatsächlich unterrichten. Feiertage? Kein Geld. Krankheit? Kein Geld. Schulferien? Kein Geld.

Einige Träger etwa machen während aller Schulferien Pause – mit dem Argument, dass Eltern unter den Teilnehmenden in dieser Zeit keine Betreuung für ihre Kinder hätten. Das mag im Einzelfall nachvollziehbar sein, bedeutet aber: drei Monate im Jahr ohne Einkommen. Dazu kommen Brückentage, Bahnstreiks, Krankheitsfälle – das alles sind Lücken, die zu Verdienstaussfällen führen. Was bleibt, ist ein Lebensentwurf, der nur mit Idealismus, gut verdienenden Ehepartnern oder Nebenjobs funktioniert.

2. Selbstständig – aber nicht frei

Honorarkräfte gelten rechtlich als selbstständig. Selbstständigkeit klingt nach Freiheit: Zeit frei einteilen, Kunden frei wählen, arbeiten in eigener Regie. In der Realität von BAMF-Kursen bleibt davon wenig übrig. Träger entscheiden, wer unterrichtet, wann, wo, mit welchem Buch – und was unterrichtet wird, legt ohnehin das BAMF fest. Was bleibt, ist das „Wie“. Doch das unterscheidet sich kaum von der pädagogischen Freiheit angestellter Lehrkräfte.

Diese sogenannte Selbstständigkeit ist daher oft nichts anderes als Scheinselbstständigkeit. Und der Gesetzgeber weiß das – und handelt doch nicht. Im Gegenteil: Er erkennt diese Konstellation sogar gesetzlich an, etwa durch die Rentenversicherungspflicht gemäß § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI. Demnach müssen selbstständige Lehrkräfte, die keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten anstellen, den vollen Rentenbeitrag zahlen – Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil. In der gesetzlichen Krankenversicherung tragen sie ebenfalls beide Anteile allein (je nach Fall: § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V oder § 10 SGB V). Auch Einkommensteuer wird fällig, sobald der Grundfreibetrag überschritten wird.

Einziger Lichtblick: Lehrkräfte in Integrations- und Berufssprachkursen sind von der Umsatzsteuer befreit – sofern die zuständige Landesbehörde die Lehrtätigkeit gemäß § 4 Nr. 21 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb UStG bescheinigt hat.

3. Das Herrenberg-Urteil: Sprengkraft ohne Wirkung

Spätestens seit dem sogenannten Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts (BSG vom 28.06.2022 – B 12 R 3/20 R) ist klar, dass viele Lehrkräfte auf Honorarbasis de facto abhängig beschäftigt sind.

Der Gesetzgeber hat darauf reagiert – mit einer Übergangsregelung, die das Problem nicht löst, sondern verschiebt: § 127 SGB IV erlaubt bis Ende 2026, dass Honorarkräfte weiterhin als solche gelten dürfen, wenn sie dem ausdrücklich zustimmen – selbst wenn objektiv alle Kriterien eines Angestelltenverhältnisses erfüllt sind.

Dass es ausgerechnet die AfD war, die in einer Kleinen Anfrage (BT-Drucksache 20/10527) die Folgen des Urteils für Integrationskurse aufwarf, zeigt die Absurdität der Lage: Nicht aus Sorge um faire Arbeitsbedingungen, sondern mit dem Ziel, Kosten für Integration zu skandalisieren, wurde hier ein real existierender Missstand thematisiert.

4. Ein System der Verantwortungsvermeidung

Der ganze juristische Eiertanz dient letztlich der Vermeidung von Kosten und von Verantwortung. Integration ist ein komplexer Prozess. Wer sie ernsthaft gestalten will, braucht verbindliche Strukturen, klare Zuständigkeiten – und Geld. Doch in den 1990er Jahren, als die ersten Maßnahmen anliefen, war das politisch nicht gewollt. Statt in ein staatliches System zu investieren, lagerte man die Durchführung aus – an Vereine, Wohlfahrtsverbände und vor allem Volkshochschulen. Diese arbeiteten traditionell mit Honorarkräften – gedacht für punktuelle Kursangebote, nicht für vollzeitnahe Tätigkeiten.

Doch heute gibt es Lehrkräfte, die 25 Stunden wöchentlich unterrichten, andere sogar 40 bis 50 – nur um auf ein Bruttoeinkommen von rund 5.000 Euro zu kommen. Was netto bleibt sind etwa 2.500 Euro.

Ein unhaltbares System – und das bei einem Beruf mit hoher Verantwortung und gesellschaftlicher Relevanz.

Zugleich scheitert ein großer Teil der Teilnehmenden regelmäßig am Zielniveau B1. Und obwohl jeder im System weiß, dass das BAMF über Inhalte, Prüfungen, Trägerzulassung und Testinstitutionen bestimmt, wird die Verantwortung für diese Ergebnisse regelmäßig nach unten durchgereicht.

5. Integration beginnt mit den Lehrkräften

Und es wird noch absurder: In Wuppertal gibt es Träger, die glauben, eine akademisch ausgebildete Lehrkraft mit Zusatzqualifikationen und Unterrichtserfahrung für 1.750 Euro brutto im Monat bei einem Deputat von 25 Stunden pro Woche einstellen zu können.

Deutschland ist die am schnellsten alternde Gesellschaft Europas. Wir brauchen Zuwanderung. Und wir brauchen Integration – nicht nur aus humanitären, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Wer Integration ernst meint, muss bei denen anfangen, die sie ermöglichen: den Lehrkräften.

Ein erster Schritt wäre, Lehrkräfte in BAMF-Kursen direkt beim Staat anzustellen – als Angestellte oder Beamte. Entscheidend ist nicht der Status, sondern die Sicherheit: finanzielle Planbarkeit, soziale Absicherung, professionelle Anerkennung. Nur so entsteht ein Rahmen, in dem guter Unterricht möglich ist – und damit gelingende Integration.

Heiko Schnickmann

Gedenktag am Mahnmal Kemna

Samstag, 5. Juli 2025 - 12 Uhr - Karl-Ibach-Weg

Von Juli 1933 bis Januar 1934 bestand das Wuppertaler Konzentrationslager Kemna. Die Häftlinge wurden in einer ehemaligen Putzwollfabrik (Beyenburger Straße 164) unter verheerenden Zuständen untergebracht. Zu den Inhaftierten gehörten vor allem sogenannte politische Gefangene aus der Umgebung, die zur KPD oder SPD gehörten. Während seines Bestehens waren insgesamt ca. 2.500 bis 3.000 Personen hier inhaftiert. Das KZ Kemna war berüchtigt für grausamen Zwang, Folter und unmenschliche Zustände.

Im Gedenken an die Geschehnisse errichtete der Jugendring Wuppertal 1983 ein Mahnmal auf der gegenüberliegenden Straßenseite und organisiert seitdem jedes Jahr eine Gedenkveranstaltung. Die Gestaltung des Mahnmals erfolgte nach den Entwürfen einer Kunst-AG des Gymnasiums Am Kothen.

Seit 2019 ist das Gelände im Besitz des Gesamtverbandes evangelischer Gemeinden im Kirchenkreis Wuppertal. Neben einem neuen Standort für das Archiv des Kirchenkreises ist ein Gedenkort für das ehemalige Konzentrationslager geplant.



Bücherverbrennung

Ein unrühmliches Kapitel in der Wuppertaler Geschichte

// Schon am 1. April 1933 gab es in Wuppertal öffentliche Bücherverbrennungen: Von braunen Lehrern aufgehetzte Schüler warfen am Brausenwerth in Elberfeld und vor dem Barmer Rathaus Bücher ins Feuer. Damit nahm man hier die reichsweiten Bücherverbrennungen vorweg, die das Nazi-Regime am 10. Mai in vielen Städten organisierte. Die Werke berühmter Autor*innen wurden hier schon vorseilend verbrannt! //



Doch bis zum 7. Mai 2025 fehlte vor dem Rathaus Wuppertal jede Erinnerung an dieses Verbrechen. Seit 1992 hatte die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft und die Armin-T.-Wegner-Gesellschaft gegen das Verschlafen der Erinnerung in Wuppertal eindrücklich mit vielen Aktionen gemahnt und sogar die Kostenübernahme für die Gedenktafel angekündigt.

Erst jetzt kam es zur offiziellen Einweihung der Gedenktafel am Rathaus in Barmen. Es ist nicht zu verstehen, warum für dieses nun auch sichtbare Gedenken soviel Jahre ins Land gehen mussten.



Über das Verbrennen von Büchern

Erich Kästner - Rede 1958

// Eindrucksvoll zitierte Olaf Reitz auf der Eröffnungsfeier zur Enthüllung der Gedenktafel vor dem Barmer Rathaus am 7.5.2025 aus der Rede von Erich Kästner, die dieser anlässlich der 25. Wiederkehr der Bücherverbrennung des Jahres 1933 bei der PEN-Tagung in Hamburg am 10. Mai 1958 gehalten hat. Hier einige Auszüge aus der Rede. //

„... Das blutige Rot der Scheiterhaufen ist immergrün. Einen dieser Scheiterhaufen haben wir, mit bloßem Auge, brennen sehen. Das war auf den Tag genau vor einem Vierteljahrhundert, und deswegen haben wir uns heute versammelt.

Es gibt Andachtsübungen, und wie es Andachtsübungen gibt, sollte es, nicht weniger ernsthaft und folgenswer, Gedächtnis-Übungen geben. Meine Damen und Herren, wir sind zu einer Gedächtnis-Übung zusammengekommen. [...] eine Gedenkstunde soll eine Gedächtnisübung sein, und noch etwas mehr. Was hülfte es, wenn sie nur der Erinnerung an arge Zeiten diene, nicht aber der Erinnerung an unser eigenes Verhalten? Das heißt, hier und jetzt, für mich nicht mehr und nicht weniger: an mein Verhalten? Ich bin nur ein Beispiel neben anderen Beispielen. Doch da ich mich etwas besser als andere kenne, muss in meiner Rede nun ein wenig von mir die Rede sein. [...]

Ich hatte angesichts des Scheiterhaufens nicht aufgeschrien. Ich hatte nicht mit der Faust gedroht. Ich hatte sie nur in der Tasche geballt.

Warum erzähle ich das? Warum mische ich mich unter die Bekenner? Weil, immer wenn von der Vergangenheit gesprochen wird, auch von der Zukunft die Rede ist. Weil keiner unter uns und überhaupt niemand die Mutfrage beantworten kann, bevor die Zumutung an ihn herantritt.

Keiner weiß, ob er aus dem Stoffe gemacht ist, aus dem der entscheidende Augenblick Helden formt. Kein Volk und keine Elite darf die Hände in den Schoß legen und darauf hoffen, dass im Ernstfall, im ernstesten Falle, genügend Helden zur Stelle sein werden. Und auch wenn sie sich zu Worte und zur Tat meldeten, die Einzelhelden zu Tausenden - sie kämen zu spät.

Im modernen undemokratischen Staat wird der Held zum Anachronismus. Der Held ohne Mikrophone und ohne Zeitungsecho wird zum

tragischen Hanswurst. Seine menschliche Größe, so unbezweifelbar sie sein mag, hat keine politischen Folgen. Er wird zum Märtyrer. Er stirbt offiziell an Lungenentzündung. Er wird zur namenlosen Todesanzeige.

Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat. Das ist die Lehre, das ist das Fazit dessen, was uns 1933 widerfuhr.

Das ist der Schluss, den wir aus unseren Erfahrungen ziehen müssen, und es ist der Schluss meiner Rede. Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben. Es ist eine Angelegenheit des Terminkalenders, nicht des Heroismus.

Als Ovid sein „Principiis obsta!“ niederschrieb, als er ausrief: „Bekämpfe den Beginn!“, dachte er an freundlichere Gegenstände. Und auch als er fortfuhr: „Sero medicina paratur!“, also etwa „Später helfen keine Salben!“, dachte er nicht an Politik und Diktatur. Trotzdem gilt seine Mahnung in jedem und auch in unserem Falle. Trotzdem gilt sie auch hier und heute. Trotzdem gilt sie immer und überall.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Leserbrief an „also“

Frag nicht, was dein Land für dich tun kann...

// Nachfolgender Beitrag erreichte die also-Redaktion von unserem GEW-Mitglied Till, der an der Bergischen Universität für den Erwerb eines Lehramtes studiert: //

Es ist schon erstaunlich, in was für verrückten Zeiten wir leben. Gerade ist die Bundestagswahl rum und schon schafft es die Union die zuvor propagierte Schuldenbremse für Rüstung und Infrastruktur aufzuweichen. Wohlgermerkt für Infrastruktur, die der Drehscheibe Deutschland als Nato-Aufmarschgebiet dienen soll, wie der Brigadegeneral Müller freimütig bei der Bergischen IHK am 13.05.2025 kundtat. Also eine Billion plus für Rüstung und Krieg. Währenddessen eine immer konkreter werdende Diskussion über Dienst- bzw. Wehrpflicht, Schimpftiraden über die faule Jugend, wohlgermerkt die Jugend, die für das Vaterland in Schützengräben liegen soll. Obendrein kommen Kürzungen in Höhe von einer halben Milliarde bei den Universitäten in NRW und ein Abbau des Investitionsstaus in unseren Schulen bleibt eine utopische Wunschvorstellung.

Das scheint doch alles recht paradox. Während Geld für Verteidigung hoher Ideale, wobei fraglich ist welche das denn genau sein sollen, vorhanden zu sein scheint, vergammeln Schulen, werden Universitäten geschröpft und eine Anti-Jugendrhetorik aufgefahren. Allein bei der Bergischen Universität fallen Kürzungen in beinahe zweistelliger Millionenhöhe jedes Jahr an, Studierendenwerke sind katastrophal unterfinanziert und steigende Lebensmittelpreise fressen sich durch die Geldbeutel von Studis und Eltern.

Die wichtigsten Ressourcen dieses Landes sind seine Köpfe. Köpfe, die es zu bilden und zu freiem Denken zu befähigen gilt. Stattdessen werden sie allein gelassen und in ihrer Entwicklung gestutzt. Schlimmer noch, die Bildungsungleichheit, die in Deutschland herausragend stark vom Geldbeutel der Eltern abhängt wird noch verstärkt. Anstatt BAföG-Reform, duales Studium bei der Bundeswehr. Muss unsere Jugend wirklich bereit sein für diesen Staat zu töten, bevor sie von ihm irgendetwas zu erwarten hat?

Wir müssen nicht fragen, was unser Land für uns tun kann, das wissen wir. Wir müssen uns fragen, was es für uns tun will und da sieht es ganz schön mau aus.

Till Sörensen-Siebel



Die GEW Wuppertal gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2025

Unsere Jüngste

21 Jahre

Alicia Henning

30 Jahre

Alessandro Cimino

Julia David

Janine Figge

Manuel Hallbauer

Annika Koch

Sarah Lemoine

Viola Schulze

Hussein Shahin

Miriam Steffen

Lara Weppeler

40 Jahre

Helena Bergfeld

Sebastian Danck

Katharina Hölschen

Paula Janneke Lindner

Nele Marsmann

Sarah Pöhler

Lea Reinke

Christine Schmiedeberg

Christina Schuster

Bettina Ülpenich

Ese Yazmaci

Stephanie Zacher

50 Jahre

Mechthild Boos

Bjarne Braun

Baris Eren

Larissa Hartmann

Verena Koch-Blankenagel

Svea Mannes

Kati Servan

Marco Stursberg

Frank ter Veld

60 Jahre

Georg Frericks

Peter Morley

Stefan Neumann

Astrid Pfannkuch

Lothar Piskoric

Susanne Schreiber

Heike Springenberg

Andreas Thielen

Dr. Christine Trautwein

70 Jahre

Vita Blanke

Sabine Diederichs

Klaus-Juergen Freiwald

Karin Reichard

Katharina Schumacher

Hannelore Sinn

Friederike van Heys

Christiane Weber

Ursula Zeh

80 Jahre

Dr. Diethard Kuhne

Michael Ruhland

88 Jahre

Irene Hupfer

Mach dich stark mit uns

GEW Wuppertal dabei am 1. Mai 2025

// Gerade in den Bildungseinrichtungen lässt sich jeden Tag hautnah erleben, was passiert, wenn die politisch Verantwortlichen zu lange wegschauen. Fach- und Lehrkräftemangel überall, kaputte Gebäude und eine sich stetig verschärfende Chancenungleichheit. Ein Land, das an Bildung spart und seine Kitas und Schulen dem Schicksal überlässt, gefährdet nicht nur die Zukunft unserer Gesellschaft, sondern auch die der Demokratie. //

Julia Schnäbelin und Richard Voß überbrachten diese Botschaft von der GEW Wuppertal auf der Kundgebung auf dem Laurentiusplatz. Der GEW-Stand mit Erdbeer-, Kinderbowle und Infomaterial war beliebter Treffpunkt für viele GEW-Kolleg*innen.



Bei Maurice de Vlaminck

Kunst & Austausch der GEW-Senior*innen

// Waren eigentlich zwei Führungen im Museum zum Besuch der Ausstellung geplant, musste noch schnell eine dritte hinzugebucht werden, um die 60 Anmeldungen berücksichtigen zu können. //

Bei lebendigen Gesprächen und guter Laune verging die Frühstücksstunde in der „BarCelona“ bis zum Museumsbesuch wie im Flug.

Die drei Führungen im Museum waren sehr gelungen, es gab sehr erkenntnisreiche Informationen über Leben und Werk des Malers Maurice de Vlaminck.

Bevor dieser überhaupt zur Malerei kam, verdiente er sein Geld als Preisboxer, Violinist und Radrennfahrer. Er wird als sehr eigensinniger und wilder Mensch beschrieben. Daher hätte ihm der Titel der Ausstellung „Maurice Vlaminck - Rebelle der Moderne“ wohl auch gefallen.

Vlaminck war Autodidakt. Der Theorie des Malens stand er eher feindlich gegenüber, wird berichtet. Er gilt als einer der Hauptvertreter des Fauvismus (wilde Bestien).

Von den Nazis wurde seine Malerei als entartet verfemt und aus den Museen in Deutschland entfernt und beschlagnahmt. Dennoch ließ er sich von der NS-Propaganda beeinflussen, lobte sogar deren Kulturpolitik. Auch später hat er sein Verhalten während des dritten Reiches nicht bedauert und sich nicht distanziert.

Du hast eine Idee für unsere Treffen?

Gern nehmen wir von euch Vorschläge auf, welche „Events“ wir für die GEW-Senior*innen zukünftig organisieren sollen. Meldet euch einfach.

Birgit, Christian, Egbert und Inge

Nachruf

// Im März 2025 verstarb unser Kollege Michael Hefendehl mit 79 Jahren. Er war 54 Jahre lang Mitglied der GEW Wuppertal. //

Bis zuletzt war Michael ein aktiver und überzeugter Gewerkschafter, immer dabei, wenn die GEW zur Aktion rief. Immer dabei, wenn es galt, inhaltlich über Ziele zu streiten.

Er war schon lange pensioniert, doch wenn die angestellten Lehrkräfte zum Streik aufgerufen wurden, war Michael vor Ort: „Wo ist die Solidaritätsliste, in die ich mich eintragen kann?“

Viele Jahre lang übernahm er die Verantwortung für den Rechtsschutz im Vorstand der GEW Wuppertal. Für Michael war die Unterstützung seiner Kolleg*innen in ihren Rechten eine Herzensangelegenheit.

Besonders engagiert war er im Kampf gegen Berufsverbote. In den 1970er und 1980er Jahren war er maßgeblich an der „Wuppertaler Initiative gegen Berufsverbote“ beteiligt und organisierte zahlreiche Aktionen zusammen mit GEW-Kolleg*innen und anderen Mitstreiter*innen.

Michael war ein leidenschaftlicher Grundschullehrer. Viele werden es nicht wissen, aber er hat den „Drumbo-Cup“, die Champions-League für die Wuppertaler Grundschüler*innen, mitentwickelt!

Auch nach seiner aktiven Zeit im Schuldienst setzte er sich weiter für Kinder ein, so zum Beispiel im Lesewagen des Nachbarschaftsheim am Platz der Republik.

Michael, wir werden dich als Kollegen und Freund nicht vergessen und dabei dein Engagement für ein gerechtes Bildungswesen und eine gerechte, friedliche Welt weiterführen.

.



Zuviel auf dem Gehaltskonto?

Ein interessantes Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes

// Die Gehaltsabrechnungen des LBV sind oft nicht besonders übersichtlich – besonders dann, wenn Nachzahlungen oder Korrekturen durch die Behörde anfallen. Der Fall einer Lehrerin, der vor dem Bundesverwaltungsgericht landete, gibt wichtige Hinweise zu den Pflichten bei der Überprüfung der Gehaltsabrechnungen. //

Was war passiert?

Eine verbeamtete Lehrerin hatte ihren Beschäftigungsumfang um vier Wochenstunden erhöht. Dadurch stieg auch ihre Besoldung entsprechend an. Später reduzierte sie ihre wöchentliche Arbeitszeit wieder. Erst etwa zwei Jahre später stellte der Dienstherr fest, dass die Lehrerin aufgrund eines Buchungsfehlers weiterhin die erhöhte Besoldung erhalten hatte – obwohl sie bereits reduziert hatte. Es kam zu einer Überzahlung von ca. 16.000 € brutto.

Rückforderung und Disziplinarverfahren

Der Dienstherr zog die zu viel gezahlte Summe anteilig von den Bezügen ab. Zudem wurde der Lehrerin per Disziplinarverfügung ein Verweis erteilt, weil sie die Überzahlung nicht angezeigt hatte. Die Lehrerin wehrte sich dagegen – und vor dem Bundesverwaltungsgericht erhielt sie schließlich Recht.

Das Urteil im Überblick:

Das Gericht betonte, dass im beamtenrechtlichen Treueverhältnis es zu den Dienstpflichten eines Beamten gehört, Besoldungsmitteilungen bei wesentlichen Änderungen der dienstlichen oder persönlichen Verhältnisse auf ihre Richtigkeit zu überprüfen.

Eine Disziplinarstrafe ist nur bei Vorsatz gerechtfertigt. Außerdem besteht eine Erkundigungspflicht des Beamten nur dann, wenn die Besoldung offenkundig fehlerhaft ist. Eine Abweichung von 20 % gilt in der Regel als deutlich genug, um eine Überprüfung zu rechtfertigen. Im vorliegenden Fall lag eine solche jedoch nicht vor.

Urteil vom 5.12.2024 (Az.: 2 C 3.24)

Zu wenig auf dem Gehaltskonto?

Dann ist sofortiges Handeln angesagt: Für Beamt*innen gilt die 3-jährige Verjährungsfrist, für Tarifbeschäftigte die 6(!)-monatige Ausschlussfrist.

Helga Krüger

Gerichtsurteile: Gut zu wissen

Das könnte auch auf mich zutreffen ...

// Wir berichten über zwei Gerichtsurteile und vermuten, sie könnten euch interessieren. //

Sturz, weil ein Kollege „geschubst“ hat

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass auch Unfälle, die bei nicht dienstlich veranlassten Aktivitäten wie Scherzen unter Kollegen während der Dienstzeit im Dienstgebäude passieren, als Dienstunfälle anerkannt werden können.

Ein konkretes Beispiel ist ein Beamter, der bei einem Scherz im Dienstgebäude stürzte und Leistungen der Dienstunfallfürsorge erhielt. Das Gericht betonte, dass Unfälle im Zusammenhang mit dienstlichen Tätigkeiten, auch wenn sie nicht ausdrücklich dienstlich veranlasst sind, grundsätzlich unter den Schutz fallen, solange sie in engem Zusammenhang mit den dienstlichen Aufgaben stehen. Für Lehrerinnen und Lehrer gilt dies insbesondere bei Aktivitäten wie Schullandheimaufenthalten, wenn die Unfälle im Zusammenhang mit ihren dienstlichen Verrichtungen stehen. Das hatte in der Vergangenheit schon einmal ein Gericht bestätigt, als es einer Lehrerin, die auf der Klassenfahrt in der Dusche ausrutschte, den Dienstunfall bestätigte. Fazit: Dienst- bzw. Arbeitsunfallanzeige nicht vernachlässigen.

Schüler verbreitet Fotoaufnahmen

In diesem Fall hat ein Achtklässler während des Unterrichts heimlich Fotos seines Klassenlehrers mit einem Tablet gemacht, diese an eine unbekannte Person geschickt und sie verbreiteten sich schnell unter den Schülerinnen und Schülern.

Die Schulleitung reagierte darauf mit einem schriftlichen Verweis, der auch im Zeugnis vermerkt werden sollte. Der Schüler legte Widerspruch ein, dieser wurde jedoch abgelehnt, und er klagte schließlich vor Gericht. Das Verwaltungsgericht Berlin entschied, dass der Verweis eine pädagogische Maßnahme ist, die der Sicherung des Schulbetriebs dient, und daher rechtmäßig ist. Es wurde festgestellt, dass der Schüler gegen die Hausordnung verstieß und das Persönlichkeitsrecht des Lehrers verletzt hat. Der Verweis wurde als angemessene und milde Maßnahme angesehen. Der Fall zeigt, wie wichtig klare Regeln und das Bewusstsein für den Umgang mit digitalen Medien in der Schule sind.



Schulferien und Urlaub

Rechtslage für pädagogische Beschäftigte in Schulen

// Zeugniskonferenzen und andere Herausforderungen sind geschafft, der Ferienstart rückt näher. Da passen unsere Hinweise. //

Lehrkräfte, MPT-Kräfte, sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase, Fachkräfte für Schulsozialarbeit - sie alle haben 30 Tage Urlaub im Kalenderjahr, aber es fallen mehr als 30 Ferientage an.

Regelung für den Urlaub

Die Regelung ist für alle eindeutig: Du nimmst deinen Urlaub in den Schulferien. Zeiten, die über den Urlaubsanspruch hinausgehen, dienen der Fort- und Weiterbildung, der Vor- und Nachbereitung deines Aufgabenbereichs sowie der Wahrnehmung anderer dienstlicher Verpflichtungen. Für diese Zeiten musst du keine Rechenschaft ablegen, wann du was gemacht hast. Für Schulsozialarbeitskräfte ist die Zeit auch zum Abbau von Überstunden und zur Begleitung freiwilliger Ferienangebote der Schule gedacht.

Was ist mit der letzten Ferienwoche?

Nur in der letzten Woche vor Unterrichtsbeginn des neuen Schuljahres musst du dich für schulische Aufgaben bereithalten, soweit dies für die organisatorische Vorbereitung des neuen Schuljahres erforderlich ist und rechtzeitig vorher angekündigt wurde. In diesem Jahr betrifft das den Zeitraum vom 20.-26. August 2025. Es besteht keine generelle Pflicht, an allen Tagen präsent zu sein, wenn keine konkreten Aufgaben anstehen.

Muss ich an anderen Ferientagen präsent sein?

Nein. Solltest du dazu aufgefordert werden, kannst du diese Aufforderung grundsätzlich nur freiwillig annehmen.

Kann jemand festlegen, für welche Tage ich meinen Urlaub plane?

Nein. Die Entscheidung über deine Urlaubstage liegt ganz bei dir. Du musst diese auch niemandem mitteilen.

Muss ich die Urlaubsadresse in der Schule angeben?

Dazu bist du nicht verpflichtet. Es ist jedoch ratsam, dafür zu sorgen, dass amtliche Schreiben dich erreichen können – beispielsweise im Falle eines Knöllchens oder wichtiger Mitteilungen.

Wir wünschen dir einen guten Endsprint und eine entspannte Sommerzeit!

Helga Krüger

Wir klären Irrtümer auf.

Heute: Höhe der Arbeitszeit vor der Pension

// Er hält sich hartnäckig. Der Irrtum, kurz vor Eintritt in den Ruhestand sollten Beamt*innen lieber Vollzeit arbeiten, weil das besser ist für die Höhe der Pension. //

Das ist Quatsch. Warum? Nun, der Anspruch auf die Pension wird nicht bestimmt durch das letzte Gehalt, das man vor Eintritt in den Ruhestand bekommt.

Die Höhe des Ruhegehaltes bestimmt sich nach einem Prozentsatz, der in Beziehung gesetzt wird **zum letzten Vollzeitbruttogehalt**, das vor Eintritt in den Ruhestand Berechnungsgrundlage für die individuelle Gehaltszahlung ist. Wohlgemerkt, das mögliche Teilzeitgehalt zu diesem Zeitpunkt ist nicht die Berechnungsbasis für deine Pension..

Dieser Prozentsatz, den man zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand erreicht hat, bildet im wesentlichen die Lebensarbeitszeit ab, die man geleistet hat. Ein bisschen Ausbildungszeit etc. wird auch hinzugerechnet, das vernachlässigen wir an dieser Stelle. Dieser so wichtige Prozentsatz steigt bei Vollzeit um 1,79375% pro Dienstjahr, bei Teilzeit von z.B. von 50% aber nur um die Hälfte. Für andere Teilzeitquoten oder Beurlaubungen gilt entsprechendes.

Beispiel: Die geleistete Zeit im Dienst ergibt einen Prozentsatz von 60%. Das bedeutet, die Pension errechnet sich aus 60% des Vollzeitbruttogehaltes deiner Besoldungsgruppe und -stufe, zuzüglich eventuell von Familienzuschlägen zum Zeitpunkt deiner Pensionierung. Bist du befördert worden, wird das nur berücksichtigt, wenn die Beförderung bereits zwei Jahre besteht.

Fazit: Nicht die letzte Zeit vor der Pension ist entscheidend für die Höhe der Pension, sondern die geleistete Arbeitszeit und die erreichte Besoldungsstufe sind die entscheidenden Faktoren.

Wenn du Kinder hast, die vor 1992 geboren wurden, bekommst du zusätzlich einen Zuschlag für drei Jahre, der die Kinderbetreuung berücksichtigt. Dieser Zuschlag wird unabhängig davon gezahlt, ob du in dieser Zeit gearbeitet hast oder nicht. Wenn du während dieser drei Jahre gearbeitet hast, wird diese Zeit ebenfalls auf deine Lebensarbeitszeit angerechnet.“

Helga Krüger

Merkwürdige Beratungsangebote

Reaktion der Behörde auf Teilzeit- oder Elternzeitanträge

// Kolleg*innen, die einen Antrag auf voraussetzungslose Teilzeit oder Elternzeit gestellt haben, erhalten von der Bezirksregierung häufig keine direkte Genehmigung. //

Stattdessen bekommen sie ein Antwortschreiben, in dem steht: „Ihrem Antrag kann ich nicht wie gewünscht entsprechen.“ Darauf folgen einige Hinweise auf verschiedene Paragraphen (z.B. des Landesbeamtengesetzes etc.) und der freundliche Hinweis, den Antrag gemäß den Vorschlägen der Dienststelle zu verändern.

Was sich nach gesundem Menschenverstand nach einer Ablehnung des Antrags anhört, ist in den Augen der Bezirksregierung gar keine Ablehnung! Sie nennt diese Antwortschreiben „Beratungsangebote“. Diese Auskunft hat der Personalrat dazu bekommen.

Was steckt dahinter? Offensichtlich will man die Kolleg*innen dazu veranlassen, den Antrag zu verändern. Geht man darauf ein, obwohl es gar nicht dem eigentlichen Wunsch entspricht, kann die Schulbehörde damit die Beteiligung des Personalrates umgehen. Denn: Ablehnungen von Teilzeit- und Elternzeitanträgen müssen dem Personalrat zur Mitbestimmung vorgelegt werden. GEW geführte Personalräte sind dabei hartnäckige Verhandler für die Kolleg*innen. Da ist es doch für die Bezirksregierung einfacher, eine Ablehnung zu suggerieren und darauf zu hoffen, dass die Kolleg*innen ihren Antrag entsprechend ändern.

Wie sollte man auf ein solches Schreiben reagieren?

Man wendet sich an ein GEW-Mitglied im Personalrat. Denn oft werden die rechtlichen Bezüge durch die Sachbearbeitungen der Bezirksregierung nicht richtig interpretiert oder sogar falsch dargestellt. Das wird man als Betroffene*r oftmals gar nicht bemerken können. Der Personalrat hilft, den Antrag einzuordnen, auf Rechtmäßigkeit zu prüfen und kann in der Bezirksregierung das Gespräch suchen.

Gegenüber der Dienststelle sollte man klar und bestimmt bleiben: Man hält am ursprünglichen Antrag fest und fordert eine Entscheidung. Und falls der Antrag doch abgelehnt wird, was eher unwahrscheinlich ist, weil der Personalrat ja ein Mitbestimmungsrecht hat, kann man einen neuen veränderten Antrag stellen.

Markus Pörner

Die GEW Solingen gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2025

Unsere Jüngste

22 Jahre

Celina Michelle Köller

30 Jahre

Florian Görigk

Michelle Mehmel

Michelle Middelhoff

Samuel Weber-Zumbruch

40 Jahre

Yeliz Ceribasi

Dana Katharina Kunckler

Henrike Reher

60 Jahre

Bettina Bogenrieder

Brigitte Wilmanns

70 Jahre

Bruno Becker

84 Jahre

Kersti Mummert

Aktiv dabei

GEW Solingen abgelichtet

// Das Leitungsteam hatte aktive Mitarbeiter*innen und Vertrauensleute an unseren Schulen zu einem gemeinsamen Kaffeetrinken nach Gräfrath eingeladen. In diesem Zusammenhang wurden professionelle Fotos von Nathalie Kuhls erstellt. Diese wollen wir euch allen nicht vorenthalten. //



Leitungsteam: von links nach rechts, Andrea Schütt, Sabine Riffi, Ute Halein, Dirk Bortmann



Das nicht ganz vollständige aktive Vorstandsteam.

Mevlüde bleibt!

GEW-Senior*innen: Beeindruckende Buchbesprechung

// Großes Interesse fand das Treffen der GEW-Senior*innen im Café am Denkmal in Solingen-Höhscheid zur Buchbesprechung. 40 Kolleg*innen hatten sich angemeldet. //

Unserer Einladung gefolgt waren auch die Autorinnen Gabriele Bergfeld und Christina Schulz zur Wiesch (GEW), die uns das Buch sehr professionell erläuterten und auch über ihre fundierten Recherchen berichteten. Corinna Maßmann (Schulreferentin des ev. Kirchenkreises) konnte aus beruflichen Gründen leider nicht kommen.

Dirk Bortmann (Vorstandsteam GEW Solingen) war gekommen, weil er mit seinem 4. Schuljahr das Buch bereits ausführlich im Unterricht behandelt hat und uns davon sehr engagiert berichtete. Hier war das von den Autorinnen erstellte didaktische Begleitmaterial sehr hilfreich, was wir bei den uns gestellten Aufgaben in Eigenarbeit gleich hautnah erleben durften. Dirk hatte ausreichend Buchexemplare mitgebracht, so dass jeder darin blättern konnte, um sich einen Überblick zu verschaffen und die gestellten Aufgaben zu lösen.

Glücklicherweise konnte auch Daniela Tobias, Vorsitzende des Vereins „Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum“, an unserem Treffen teilnehmen. Der Verein, mit dem die GEW Solingen eng zusammenarbeitet, hat die Vermarktung des Buches übernommen und den Dietz-Verlag dazu gewonnen, der einen aufwändigen Flyer zum Buch erstellt und über NRW hinaus verbreitet hat. Das Mevlüde-Buch wird im Juni 2025 im Buchhandel erhältlich sein.

Daniela nutzte die Gelegenheit, nochmals über den Verein zu berichten und auf die Eröffnung der Bildungs- und Gedenkstätte im neuen Sparkassengebäude hinzuweisen. Selbstverständlich wird unser nächstes Treffen Ende 2025 ein Besuch der Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum sein.

Ganz ergriffen vom Buch mit seinem Tenor und Appell diskutierten wir noch sehr intensiv. Kaffee und Kuchengenuss waren dann ganz hilfreich, um wieder etwas zur Ruhe zu kommen.

Michael und Birgit Seiffert

Mevlüde bleibt!

Eine Geschichte aus Solingen und Mercimek

// Dies ist ein Buch, das für Kinder von 9 bis 12 Jahren geeignet ist. Es kann in Abschnitten vorgelesen oder auch von den Kindern selbst gelesen werden. Den Autorinnen gelang ein hervorragendes Kinderbuch: Die Geschichte gehört zu Solingens Stadtgeschichte. //

Das Vorwort beginnt so: „Die Geschichte, von der dieses Buch erzählt, ist eine wahre Geschichte. Was von Mevlüde und ihrer Familie erzählt wird, ist tatsächlich passiert.“ Damit beginnt die kunstvolle Komposition dieses Buches für Kinder. Die Geschichte ist wirklich geschehen. Das erste Interesse der kindlichen Leser*innen wird geweckt. Und der Sprung in die Gegenwart wird verstärkt, indem die Autorinnen die fiktive Figur des Kindes Luca einführen. Dessen Fragen und Gedanken werden auf diese Weise lebendig. Die Perspektiven wechseln, oft erkennbar durch den sprachlichen Zeitwechsel durch das fragende Kind und die antwortenden Eltern.

Jetzt beginnt Lucas Geschichte: Ausgehend von den Plakaten, mit denen die Stadt Solingen an den Brandanschlag vor 30 Jahren erinnert, fragt das Kind Luca, was der Brandanschlag war und was man nicht vergessen darf. Sie spricht mit den Eltern, die Luca die Zusammenhänge erklären. Die Geschichte wird nun in der Vergangenheit erzählt. Die lesenden Kinder merken sofort, jetzt geschah das Unsägliche im Leben der Familie Genç.

Im weiteren Verlauf der Geschichte entsteht vor Luca und den Leserinnen und Lesern die Persönlichkeit von Mevlüde. „Denn immer wieder ruft sie dazu auf friedlich zu bleiben“. Und Mevlüde bleibt mit ihrer Familie in Solingen. Solingen ist ihr Zuhause geworden. So wird Mevlüde zur Friedensbotschafterin.

Emma Schneider malte die farbigen karg angedeuteten Szenen der Geschichte. Dazwischen gibt es einige Realfotos. Am Anfang des Buches gibt es ein Inhaltsverzeichnis, am Ende Listen mit Erklärungen zu den benutzten Quellen.

Die Autorinnen Gabriele Bergfeld und Christina Schulz zur Wiesch sind Mitglieder der GEW.

Doris Schulz

„Mevlüde Genç bleibt!“ erzählt von Gabriele Bergfeld, Christina Schulz zur Wiesch und Corinna Maßmann ISBN-Nr.987-3-8012-0705-2, 18 €

Mach dich stark mit uns!

GEW Solingen am 1. Mai 2025 dabei

// Auch in diesem Jahr waren wir wieder mit unserem GEW-Stand beim 1. Mai auf dem Solinger Neumarkt dabei. Der besondere Hingucker war erneut die Popcornmaschine. In Tüten mit GEW-Logo genossen viele Besucher*innen den Inhalt und trugen zur „Werbung“ bei. //

Die Wartezeit auf das Popcorn wurde sehr oft genutzt, um hilfreiche Informationen von unserem Team zu erfahren oder über die allgemeine gesellschaftspolitische Lage zu diskutieren.

Als „Special Guest“ hielt Gregor Gysi auf dem Podium eine umfangreiche Rede zu vielen politischen Problemlagen und möglichen Lösungen.

Es war diesmal auffallend viel junges Publikum auf dem Platz. Das musikalische Programm wurde u.a. vom Chor und verschiedenen Bands der Friedrich-Albert-Lange-Schule gestaltet. Auch das sommerliche Wetter trug zur stimmungsvollen Atmosphäre bei.



Vorstand und Service

Leitungsteam:

Andrea Schütt: andrea.schuetti@gmx.de
 Dirk Bortmann: dirk.bortmann@gew-nrw.de
 Sabine Riffi: sabineriffi@aol.com
 Ute Halein: ute.halein@gew-nrw.de
 Alle: solingen@gew-nrw.de



Sabine



Franzi



Andrea



Julia



Dirk



Ute

Kassiererin:

Franziska Sadzik: franziska_sad@yahoo.de

Schriftführerinnen:

Andrea Schütt: andrea.schuetti@gmx.de
 Julia Bemboom: j.bemboom@gmx.de

Referent für Öffentlichkeitsarbeit:

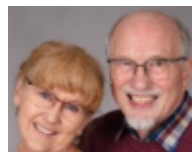
Dirk Bortmann: dirk.bortmann@gew-nrw.de

Referentin für Rechtsfragen:

Ute Halein: ute.halein@gew-nrw.de

Ausschuss der Ruheständler*innen:

Birgit Seiffert: birgit@seiffert-in-solingen.de
 Michael Seiffert: michael@seiffert-in-solingen.de



Birgit und Michael

DGB-Kontakt und stv. Solinger DGB Vorsitzender:

Edgar Köppel: edgarkoeppel@web.de



Edgar

Ruhegehaltsberechnung:

Dirk Bortmann: dirk.bortmann@gew-nrw.de

**Safe the Date: Jahreshauptversammlung 23.09.2025,
 18.00 Uhr, Cafe Gloria Stadtkirche.
 Gesonderte Einladung folgt.**



Uschi



Impressum:
 GEW-Stadtverband Solingen
 c/o Parastr. 21
 42107 Wuppertal
 Tel. 0202 - 44 02 61
solingen@gew-nrw.de

Solingen Letter Redaktion
 Ursula Kurzrock
u.kurzrock@t-online.de

DIE GEW Mettmann gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2025

Unsere Jüngste

24 Jahre

Lena Rademacher

30 Jahre

Verena Leoni Schorm

Susanne Schrott

40 Jahre

Yasmin Fahim

Habib Günesli

Sabrina Schellenberg

50 Jahre

Stefan Lindemann

Anke Paul

Saskia Plesnik

70 Jahre

Andrea Heil

Karin Nell

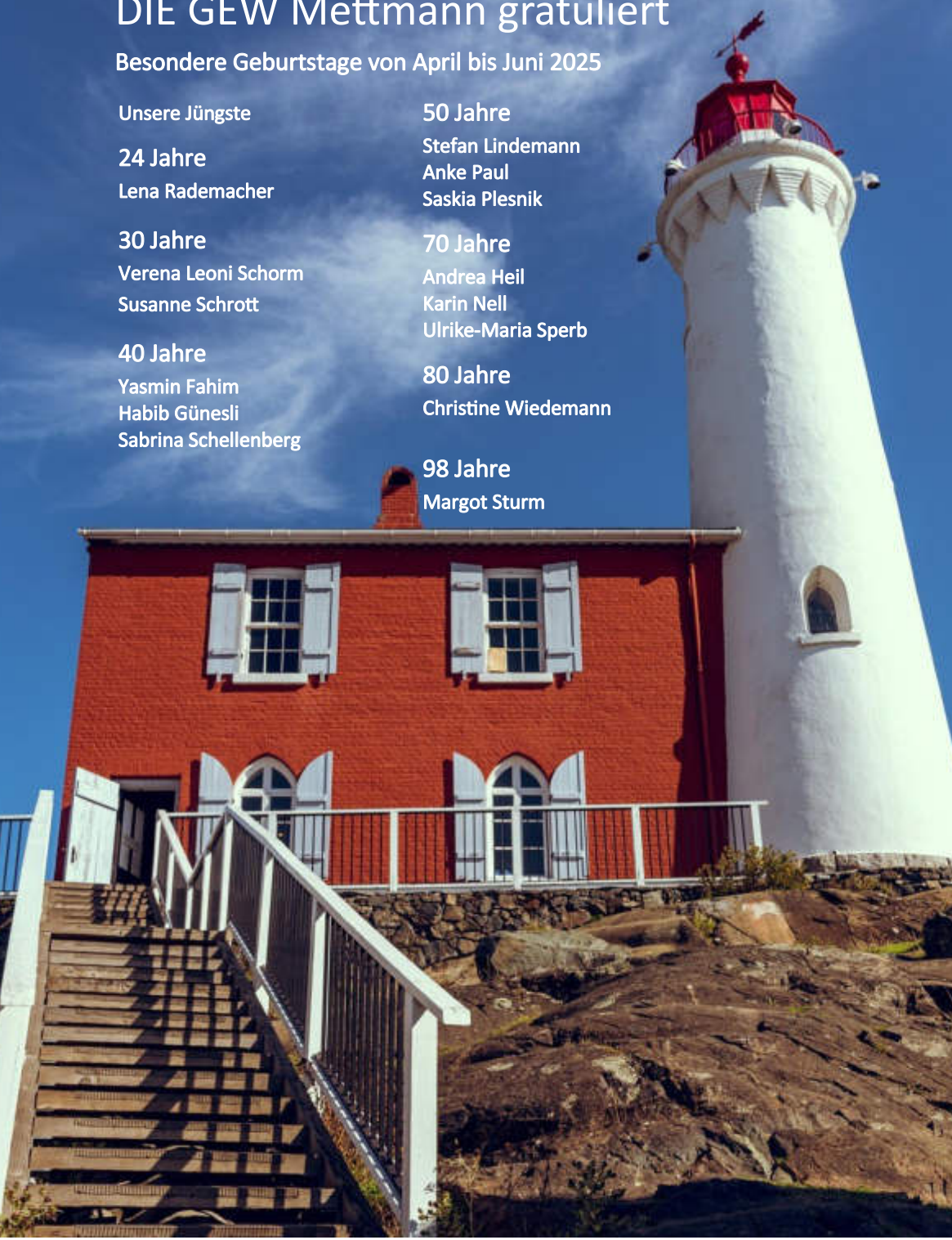
Ulrike-Maria Sperb

80 Jahre

Christine Wiedemann

98 Jahre

Margot Sturm



Sei dabei.

Wir freuen uns auf dich!

// Die Sommerferien stehen vor der Tür – und auch in der zweiten Jahreshälfte 2025 ist bei uns wieder einiges los. Wir laden dich herzlich zu unseren nächsten Treffen bis zum Jahresende ein. Alle vier Termine sind Treffen des Kreisverbands. Inhaltlich geht es – je nach Termin in unterschiedlichem Umfang – um Aktuelles aus der GEW, Berichte aus den Fachgruppen, allgemeiner Austausch, Anträge und gemeinsame Planungen. //

Donnerstag, 11. September 2025 um 18 Uhr

Restaurant „12 Apostel“, Elberfelder Str. 175, 40724 Hilden

Wir feiern den Schuljahresbeginn bei einem gemütlichen Beisammensein.

Donnerstag, 02. Oktober 2025 um 18 Uhr

AWO-Treff, Gottfried-Wetzel-Str. 8, 40822 Mettmann

Donnerstag, 13. November 2025 um 18 Uhr

Digital per Videokonferenz

Der November ist oft trübelig – deshalb treffen wir uns online.

Donnerstag, 18. Dezember 2025 um 18 Uhr

Digital per Videokonferenz

Jahresausklang kurz vor Weihnachten

Zur besseren Planung bitten wir um kurze Rückmeldung per E-Mail. Für die digitalen Treffen schicken wir dir dann den Zugangslink zu: mettmann@gew-nrw.de

Die GEW ist eine Mitmach-Gewerkschaft

Ob neu dabei oder schon lange aktiv – bei uns ist jede und jeder willkommen! Bring dich ein, hab Spaß und gestalte mit uns eine lebendige Gemeinschaft.

Wir freuen uns auf dich – denn zusammen geht mehr!

Leitungsteam

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Monica Mookherjee

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Kassierer*in

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Ruhegehaltsfragen

Herbert Romund

Kontakt Ruhegehaltsfragen

herbert.romund@gew-nrw.de

Personalräte

Grundschule

Mechthild Hesterkamp

mechthild.hesterkamp@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Anja Althoff

anja.althoff@gew-nrw.de

Elisabeth Isenberg

elisabeth.isenberg@gew-nrw.de

Förder- und Klinikschulen

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Sabrina Hentzel

sabrina.hentzel@gew-nrw.de

Hauptschule

Ali Seamari

ali.seamari@gew-nrw.de

Realschule

Adrian Menzyk

adrian.menzyk@gew-nrw.de

Gesamtschule

Monica Mookherjee

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-gew@t-online.de

Berufskolleg

Antje Schipper

antje.schipper@gew-nrw.de



Jahreshauptversammlung 2025

Neuwahlen bei der GEW in Remscheid

// Auf der Jahreshauptversammlung des GEW-Stadtverbands Remscheid am 03.04.2025 wurde der bisherige Vorstand einstimmig für seine Arbeit im vergangenen Jahr entlastet. Sitzungsgemäß standen in diesem Jahr Vorstandswahlen an. //

Lena Gebert (KGS Franziskus), Diana Ikemeyer (GGS Hasenberg) und Ralf Giefers-Kremer (Röntgen-Gymnasium) wurden von den anwesenden Mitgliedern erneut einstimmig als Leitungsteam gewählt. Neu im Vorstand ist Alexandra Nicolaus (GGS Dörpfeld), die das Amt der KassiererIn übernimmt. Ihre Stellvertretung bleibt weiterhin bei Elke Hennig-Neumann.

Unterstützt wird der Vorstand auch künftig durch Jürgen Gottmann (Rechtsschutz und Erden Anka-Nachtwien (Ansprechpartnerin HSU). Gerda Kottenstede, Marietta Reppin und Albert Heidel bleiben auch weiterhin Ansprechpartner*innen für unsere Pensionär*innen.

Ein besonderer Schwerpunkt des Leitungsteams in den kommenden Jahren liegt auf der Stärkung der Fachgruppenarbeit in den verschiedenen Schulformen, um die Kolleg*innen vor Ort gezielter unterstützen zu können.

Neu gewählt wurden:

Anna Lebfromm (Fachgruppe Gesamtschule, Sophie-Scholl-Gesamtschule)

Sabine Yünder (Fachgruppe Realschule, Alexander-von-Humboldt-Realschule)

Fabian Stück (Fachgruppe Förderschule, Heinrich-Neumann-Schule)

Sie möchten sich als neue Fachgruppenvorsitzende aktiv in die Arbeit des Stadtverbands einbringen.

Das Leitungsteam dankt allen Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie allen engagierten ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern, Fachgruppenvorsitzenden und Vertrauensleuten in den Schulen für ihren gewerkschaftlichen Einsatz und ihre wertvolle Unterstützung!

GEW Remscheid zeigt Haltung

Bei „Remscheid tolerant“ und am 1. Mai 2025

// GEW-Mitglieder waren auch in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit aktiv und bezogen deutlich Position. //

Zum Gedenken an die Opfer des rechtsterroristischen Anschlages in Hanau hatte „Remscheid tolerant“ am 19.02.2025 zu einer Kundgebung und Lichtermeer unter dem Motto „Für Demokratie – Gegen Rechts“ aufgerufen. Dies hat der GEW Stadtverband Remscheid gerne unterstützt. Die GEW-Mitglieder und deren Freund*innen wurden vor Ort mit Kerzen und Lichterketten ausgestattet und trotzten der eisigen Kälte, um ganz klar Haltung zu zeigen!



Traditionell hatte auch in diesem Jahr die GEW Remscheid ihre Mitglieder zur Teilnahme zur Kundgebung am 1. Mai aufgerufen und einige Kolleg*innen folgten dem Ruf bei bestem Wetter auf den Rathausplatz. Das diesjährige Motto „Mach dich stark mit uns!“ lud auch alle Beschäftigten in Schule und Bildung ein, sich gewerkschaftlich zu organisieren und damit gegenseitig zu stärken.





Einladung Podiumsdiskussion

Oberbürgermeisterkandidat*innen im Gespräch

// Der DGB-Stadtverband Remscheid lädt herzlich zur öffentlichen Diskussionsveranstaltung. //

Unter der Moderation von Horst Kläuser stellen sich die Kandidat*innen den Fragen der Gewerkschaften und des Publikums:

- Sven Wolf (SPD)
- Markus Kötter (CDU)
- David Sichel (Bündnis 90/Die Grünen)
- Colin Cyrus (Die Linke)
- Sven Chudzinski (FDP)
- Bettina Stamm (echt)

Im Mittelpunkt der Diskussion stehen zentrale Themen, die viele Remscheider Bürger*innen bewegen:

- Wie steht es um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Remscheid?
- Was muss sich an den Schulen der Stadt ändern?
- Wie begegnen wir dem Mangel an Kita-Plätzen und dem akuten Personalmangel im öffentlichen Dienst?

Diese und weitere Fragen werden offen diskutiert – mit klaren Positionen, kritischen Nachfragen und Raum für deine Meinung.

Dienstag, 08. Juli 2025 - 18:00 Uhr
VHS Remscheid, Elberfelder Straße 32 (großer Saal)

Der GEW-Stadtverband Remscheid beteiligt sich an der Organisation und freut sich besonders auf die Teilnahme zahlreicher Kolleg*innen aus Schulen und Bildungseinrichtungen.

Kommt vorbei, diskutiert mit und bringt eure Fragen ein!

Kontakte GEW Remscheid

GEW Stadtverband Remscheid

Hermannstraße 4b

42897 Remscheid

Tel. 02191-420220

Mail: remscheid@gew-nrw.de

Leitungsteam

Diana Ikemeyer

Telefon: 01520 1630062

diana.ikemeyer@gew-nrw.de

Lena Gebert

Telefon: 01708315148

magdalena.gebert@gew-nrw.de

Ralf Giefers-Kremer

Telefon: 0202 4660711

ralf.giefers-kremer@gew-nrw.de

Rechtliche Beratung

Jürgen Gottmann

Tel. 02191-661130

Jgottmann@t-online.de

Ansprechpartner Angestellte

Stefan Otto

stefanotto@online.de

Team Senior*innen

Marietta Reppin

mreppin@t-online.de

Gerda Kottenstede

Telefon: 02191/40693

gkottenstede@t-online.de

Personalrat Grundschule beim Schulamts Remscheid

Diana Ikemeyer

diana.ikemeyer@gew-nrw.de

Lena Gebert

magdalena.gebert@gew-nrw.de

Julian Bäcker

julian.baecker@gew-nrw.de

Julia Pleiss

julia.pleiss@gew-nrw.de

Anna-Leena Del Valle Martinez

anna-leena.del.valle.martinez@gew-nrw.de

Silke Brück

silke.brueck@gew-nrw.de

Alexandra Nicolaus

a.nicolaus@gmx.de

Personalrat Grundschule bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Lena Gebert

magdalena.gebert@gew-nrw.de

Die GEW Remscheid gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2025



Unsere Jüngste

26 Jahre

Leonie-Josefine Hössle

30 Jahre

Julia-Alexandra Wasem

40 Jahre

Sema Ciftci

Mesut Ciftci

Olga Weiß

Sabine Yündem

60 Jahre

Beate Godoy-Smedel

Gisbert Grabarczyk

Guido Quint

Anke Stursberg

70 Jahre

Susanne Ahnfeldt

Gabriele Horst

Ulrike Seipp

Anja Wering-Horn

80 Jahre

Rainer Altmann

96 Jahre

Liselotte Paulusch

Leitungsteam

Martina Haesen-Maluck

martina.haesen@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-gew@t-online.de

Richard Voß

richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Team Rechtsschutz

Helga Krüger

helga.krueger@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-gew@t-online.de

Markus Pörner

markus.poerner@gew-nrw.de

Tarifbeschäftigte

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gew-nrw.de

Gewerkschaftl. Kommunikation

Helga Krüger

helga.krueger@gew-nrw.de

Junge GEW

Jasmin Turgay

jasmin.turgay@gew-nrw.de

Team Senior*innen

Inge Hanten

inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke

Wernecke_Birgit@gmx.de

Dr. Egbert Fröse

egbert-froese@web.de

Christian Neumann

cujneumann@web.de

Verbindung zum DGB

Julia Schnäbelin

julia.schnaebelin@gew-nrw.de

Fachgruppe Grundschule

Yvonne Diestelmann

yvonne.diestelmann@gew-nrw.de

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gew-nrw.de

Anna Oëx

anna.oex@gew-nrw.de

Fachgruppe sonderpäd. Berufe

Ute Westerfeld-Schmidt

ute.westerfeld-schmidt@gew-nrw.de

Frauke Bigge

frauke.bigge@gew-nrw.de

Johannes Winter

johannes.winter@gew-nrw.de

Fachgruppe Hauptschule

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule

Vanessa Yasmin Scholl

vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Markus Pörner

markus.poerner@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-gew@t-online.de

Kontakt Studierende

Solvey Hlynsdóttir

hib-wuppertal@gew-nrw.de

Fachgruppe Hochschule/ Dozent*innen

Dr. Volker Mittendorf

mittendoprwiss@uni-wuppertal.de

Örtlicher Personalrat Grundschule Wuppertal

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de
Tel. 0202-563 7367

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Yvonne Diestelmann
yvonne.diestelmann@gew-nrw.de
Tel. 0202-7240596

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de
Tel. 0202-7993123

Nina Prins-Stein
nina.prins@gew-nrw.de

Karen Weber
karen.weber@gew-nrw.de
Tel. 0202-573902

Ümit Yüksesol
Uemit.Yuekseol@gew-nrw.de

Andrea Oppermann
andrea.oppermann@gew-nrw.de

Jasmin Turgay
jasmin.turgay@gew-nrw.de

Verena Koch-Blankenagel
Verena.Koch-Blankenagel@gew-nrw.de

Johannes Winter
johannes.winter@gew-nrw.de

Personalrät*innen bei der Bezirksregierung

Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de
Tel. 0178-506 5059

Silke Thielmann
silke.thielmann@gew-nrw.de
Tel. 0202-608214

Förder- & Klinikschule
Ute Westerfeld-Schmidt
ute.westerfeld-schmidt@gew-nrw.de
Tel. 0160 - 991 76969

Realschule
Adrian Menzyk
adrian.menzyk@gew-nrw.de
Tel. 0156-8424 858

Gesamtschule
Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de
Tel. 0177-9654362

Vanessa Yasmin Scholl
vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrichjacobs-gew@t-online.de
Tel. 0202-3848 9037

Berufskolleg
Frederik Trapp
frederik.trapp@gew-nrw.de

**Personalrat wiss. u. künstl.
Beschäftigte Berg. Universität**
Dr. Volker Mittendorf
mittendoprwiss@uni-wuppertal.de

**Personalrat an der
Bergischen VHS**
Jan Kirschbaum
jan.kirschbaum@bergische-vhs.de
Tel. 0202 - 563 2217

